



aus Wiesbaden

Nr. 19– Mai 2004

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die Bilanz eines Jahres Alleinregierung der CDU in Wiesbaden kann nur als schreckerregend bezeichnet werden. Die Beschäftigtenzahlen sinken, die Arbeitslosigkeit ist seit April 2003 um 3,9 Prozent gestiegen – dieser Anstieg liegt nicht im Bundestrend. Besonders betroffen ist das Rhein-Main-Gebiet, das im Vergleich der europäischen Spitzenregionen von Platz 3 auf Platz 12 abgesunken ist. Das ineffektive Ballungsraumgesetz, an dem die Hessische CDU wie an einem Dogma festhält, tut ein Übriges, um die Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes zu verzögern. Die Zahl der Straftaten steigt auch in nach der neuesten Kriminalstatistik weiter an. Antwort der schwarzen Landesregierung ist das Streichen von 1000 Stellen bei der Polizei. Stattdessen sollen Videoüberwachung, Schleierfahndung und der verstärkte Einsatz des ehrenamtlichen Polizeidienstes – selbstverständlich auf Kosten der Kommunen – für die versprochene Sicherheitsgarantie sorgen. Verantwortungsloser Umgang mit Landesbeschäftigten und ein in der Dimension bisher unerreichter sozialpolitischer Kahlschlag runden die Katastrophenstatistik dieser Landesregierung ab. Von der Bildungspolitik reden wir noch weiter unten – aber sicherlich würde kein Lehrer diesen Ministerpräsidenten für die Gesamtleistung in die nächste Klasse versetzen. Das war insgesamt ungenügend meint*



Heike Habermann

Hessenweites Mobbing

Bis zum Jahr 2008 will die Hessische Landesregierung insgesamt 9703 Stellen streichen. Allein durch den so genannten ‚Produktivitätsgewinn‘ der Arbeitszeitverlängerung errechnet der Hessische Meister der ungeordneten Finanzen, Karl-Heinz Weimar, 2035 Stellen, die künftig durch die Mehrarbeit anderer wegfallen können. Diese Streichorgie erfolgt ohne Aufgabenkritik, ohne Rücksicht auf vorangegangene Wahlversprechen und ohne Vorankündigung. Als überflüssig bestimmte Mitarbeiter mussten von Ministerien, Ämtern und Regierungspräsidien bis zum 31. März an die Personalvermittlungsstelle gemeldet werden. Mitarbeiter wurden ausgemustert und mit dem Stempel PVS versehen. Jetzt warten sie auf einen neuen Arbeitsplatz und eine neue berufliche Perspektive. Dieser Umgang mit Mitarbeitern disqualifiziert die Hessische Landesregierung auch als Arbeitgeber. Einzig sinnvolle Sparmaßnahme wäre gewesen, das gesamte Kabinett an die Personalvermittlungsstelle zu melden – aber für die Minister und Ministerinnen hätte wohl kaum jemand eine neue Stelle beschaffen können!

Vom Holzweg in die Sackgasse

Mit dem neuen Hessischen Schulgesetz werden noch mehr Schüler und Schülerinnen frühzeitig aufs Abstellgleis geschoben. Obwohl alle internationalen Schuluntersuchungen das

Gegenteil untermauern, will die Hessische Kultusministerin genau wie im Märchen Aschenbrödel die schlechten und die guten (Schüler) möglichst rasch auseinander sortieren. Nach der vierten Klasse soll nach ihrer Ideologie felsenfest stehen, wer auf die Hauptschule gehört und wer das Gymnasium schafft. Dabei hat die Grundschulstudie IGLU festgestellt, dass fast 50 Prozent der Kinder nach der Grundschule eine falsche Schulempfehlung erhalten. Aber Frau Wolff will es schon richten: mit Tests in der dritten Klasse, Tests nach der vierten Klasse und vor allem mit der Verkürzung der Gymnasialzeit. Wenn ab Klasse 6 Unterrichtsinhalte und Stundenpläne in Realschule und Gymnasium überhaupt nicht mehr zusammenpassen, dann kann auch kein Realschüler mehr aufs Gymnasium wechseln. Und sollten im Gymnasium ab Klasse 5 immer noch „ungeeignete“ Schüler sitzen, so können sie zukünftig von Klasse 5 bis 8 jederzeit in die nächstniedrige Schulform ‚querversetzt‘ werden. Die Kultusministerin führt den Schleudersitz an Hessens Schulen ein und ersetzt dringend notwendige Förderung der Kinder durch verschärfte Auslese. Und weil diese Landesregierung schon so oft mit Etikettenschwindel Politik gemacht hat, heißt dieser Schulgesetzentwurf auch noch ‚Qualitätssicherungsgesetz‘!



UNWORT DES MORIANS

Garantiert nicht!

„Unterrichtsgarantie ist, wenn alle Stunden der Stundentafel als Lehrerstunden zugewiesen werden und im Stundenplan stehen.“ Von Stunden auch halten und als Unterricht geben ist bei Kultusministerin Wolff keine Rede mehr. Das war wohl doch eher eine Unterrichtsabdeckungsbemühungsgarantie!

UNWORT DES MORIANS

Regierungsfähigkeit

Regieren ist schwer - Computer sind auch sehr schwer. Inflation christdemokratischer Regierungsmitglieder in Übergabe gebrauchter Computer an die Ludwig-Dern-Angesagt waren der Ministerpräsident seine Stellvertreterin, Kultusministerin Karin Wolff offiziellen Terminplans der Landesregierung auch der Staatskanzlei Grüttner. Der von soviel Interesse an Offenbach gerührte und unbefangene Beobachter fragt sich gleichwohl mit etwas Unbehagen: Wer regiert eigentlich in Wiesbaden, während drei der ranghöchsten Kabinettsmitglieder ihr Herz für Offenbach entdecken? Soll etwa der Auftritt des Hofstaats den besonderen Einsatz dieser Landesregierung für Sonderschulen verdeutlichen? Schließlich wird im neuen Schulgesetz sehr deutlich, wie sehr die Entwicklung der Sonderschulen der Hessischen CDU am Herzen liegt: Die Auswirkungen des Schulgesetzes sind, dass die Zahl der Schüler und Schülerinnen an dieser Schulform steigt – aber durch die Umbenennung in Förderschulen zeigt man besondere Wertschätzung. Anscheinend dämmerte aber auch dem Regierungschef Koch, dass dieser Almauftrieb eher peinlich wirken könnte und entschuldigte den abwesenden Minister Grüttner damit, man können das Regieren nicht ganz einstellen. Obwohl der Verzicht von Roland Koch aufs Regieren vielleicht nicht nur für die Sonderschulen sondern für ganz Hessen möglicherweise von größerem Vorteil wäre, glaubt zumindest



Nur so lässt sich die Offenbach zur Schule erklären. höchstpersönlich, und ausweislich des Chef der

Eure